

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

123. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. Januar 2004, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Preisbildungs- und Preisüberwachungsstelle im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	5
Vorlagen des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Umdrucke 15/3935 und 15/4015	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein	6
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 15/3052	
3. Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenlegung der „Energienstiftung Schleswig-Holstein“ mit der „Technologiestiftung Schleswig-Holstein“ zur „In- novationsstiftung Schleswig-Holstein“	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3133	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Friesischen im öffentlichen Raum (Friesisch-Gesetz - FriesischG)	8
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/3150	
5. Auswirkungen der Beschlüsse des Vermittlungsausschusses von Bundesrat und Bundestag vom Dezember 2003 auf Land und Kommunen	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3171	
6. Bericht der Investitionsbank 2002	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2752	
7. Maßnahmenbericht der Landesregierung zu den Voten des Finanzausschusses zu den Bemerkungen 2002 des Landesrechnungshofs	11
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/4077	

8. Outputorientierte Budgetierungen im Doppelhaushalt 2004/05	12
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/4078	
9. Einführung eines bundeseinheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)	13
Sachstandsbericht des Finanzministeriums Umdruck 15/4079	
10. Antrag auf Mittelfreigabe (PERMIS-Verwaltung)	14
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/4080	
11. Zentrale Beschaffung durch die GMSH	15
Vorlagen des Finanzministeriums Umdrucke 15/4014 und 15/4075	
12. Investitionsbegriff und verfassungsmäßige Grenze für die Kreditaufnahme	16
Vorlage des Landesrechnungshofs Umdruck 15/4129	
13. Beratungstätigkeit des ehemaligen Präsidenten des Landesrechnungshofs Dr. Korthals	17
Umdrucke 15/3968, 15/3979, 15/4019 und 15/4132	
14. Information/Kenntnisnahme	18
15. Verschiedenes	19

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Preisbildungs- und Preisüberwachungsstelle im Ministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Vorlagen des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Umdrucke 15/3935 und 15/4015

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Antrag des Wirtschaftsministeriums zu, die Preisbildungs- und Preisüberwachungsstelle im Wirtschaftsministerium entgegen der bisherigen Beschlusslage (Drucksache 15/1048) nicht aufzugeben, sondern zu erhalten (Umdrucke 15/3935 und 15/4015).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3052

(überwiesen am 21. Januar 2004 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)

Auf eine Frage von Abg. Wiegard stellt St Döring klar, in Sachen Fusion des Sparkassen- und Giroverbandes führe die Landesregierung Gespräche mit den betroffenen Verbänden und Bundesländern, lasse sich dabei nicht unter Zeitdruck setzen, werde dem Landtag zu gegebener Zeit einen entsprechenden Gesetzentwurf zuleiten und den Finanzausschuss selbstverständlich auf dem Laufenden halten.

Der Finanzausschuss erwartet vom federführenden Innen- und Rechtsausschuss, in eine Anhörung zum Gesetzentwurf einbezogen zu werden, und bittet die Landesregierung, ihn über die Situation der Sparkassen in den anderen Bundesländern und geplante Änderungen nach dem Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast zu unterrichten sowie den beabsichtigten Verkauf der Sparkasse in Stralsund rechtlich zu bewerten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenlegung der „Energienstiftung Schleswig-Holstein“ mit der „Technologiestiftung Schleswig-Holstein“ zur „Innovationsstiftung Schleswig-Holstein“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3133

(überwiesen am 22. Januar 2004 an den Wirtschaftsausschuss, den Finanzausschuss, den Bildungsausschuss und den Umweltausschuss)

Der Finanzausschuss empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuss, eine schriftliche Anhörung unter Beteiligung der mitberatenden Ausschüsse durchzuführen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Friesischen im öffentlichen Raum (Friesisch-Gesetz - FriesischG)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/3150

(überwiesen am 22. Januar 2004 an den Europaausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss, den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)

Der Finanzausschuss legt Wert darauf, dass mit dem Gesetzentwurf keine zusätzlichen Kosten auf jedweder staatlichen Ebene (Europa, Bund, Land, Kreis, Kommunen) ausgelöst werden, und empfiehlt einstimmig dem federführenden Europaausschuss und dem Innen- und Rechtsausschuss, den Gesetzestext unter dem Gesichtspunkt der Kostenneutralität anhand einer Vorlage der Landesregierung zu den finanziellen Auswirkungen der einzelnen Vorschriften zu überprüfen und zu überarbeiten.

Eine Frage von Abg. Dr. Garg zu den finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs beantwortet St Döring dahin, der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form löse Mehrkosten aus; der Umfang der Kosten (zum Beispiel für Beschilderung und Sprachkurse in Friesisch) sei nicht seriös zu schätzen und hänge von der Form der Umsetzung seitens der kommunalen Selbstverwaltung ab.

Abg. Spoorendonk wirbt für das Anliegen des vom SSW eingebrachten Gesetzentwurfs, mit dem die Gebietskörperschaften nicht gezwungen werden sollten, die im Gesetz genannten Maßnahmen zu einem bestimmten Stichtag umzusetzen, um Mehrkosten zu vermeiden, und spricht sich dafür aus, die offenen Fragen insbesondere rechtlicher und finanzieller Natur in einer Anhörung zu klären.

Die Mitglieder der SPD melden vor dem Hintergrund, dass die Formulierungen des Gesetzentwurfs Kosten auslösten (zum Beispiel § 3 Abs. 1 Satz 1: „... ist an Gebäuden ... die Beschilderung zweisprachig in deutscher und friesischer Sprache auszuführen“), Beratungsbedarf an.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Auswirkungen der Beschlüsse des Vermittlungsausschusses von Bundesrat
und Bundestag vom Dezember 2003 auf Land und Kommunen**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3171

(überwiesen am 22. Januar 2004 zur abschließenden Beratung)

Abg. Wiegard bittet das Finanzministerium darum, die zahlenmäßigen Auswirkungen (insbesondere auf die Einnahmen des Landes) detaillierter darzustellen.

St Döring macht darauf aufmerksam, dass die Beschlüsse des Vermittlungsausschusses 2004 zu einer Haushaltsentlastung führten.

Abg. Neugebauer bittet das Finanzministerium darum, die Auswirkungen des Abbaus von Subventionen und Finanzhilfen, Abg. Heinold darum, die Ist-Einnahmen des Jahres 2003 so detailliert wie möglich darzustellen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht der Investitionsbank 2002

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2752

(überwiesen am 26. September 2003 an den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung; der Wirtschaftsausschuss hat den Investitionsbankbericht am 14. Januar 2004 abschließend zur Kenntnis genommen)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Investitionsbank 2002 abschließend zur Kenntnis und bittet die Landesregierung, ihm bis Ende März einen schriftlichen Bericht über die Zukunft der Investitionsbank zuzuleiten, auf dessen Grundlage der Ausschuss dann ein Gespräch mit der Investitionsbank führen will.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Maßnahmenbericht der Landesregierung zu den Voten des Finanzausschusses zu den Bemerkungen 2002 des Landesrechnungshofs

Vorlage des Finanzministeriums

Umdruck 15/4077

Der Ausschuss überweist die Vorlage zur Beratung an die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ und bittet den Umweltausschuss, sich mit dem Bericht des Wirtschaftsministeriums zum Thema „Energieeinspeisung in öffentlichen Liegenschaften“ zu beschäftigen und dem Finanzausschuss eine Stellungnahme zukommen zu lassen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Outputorientierte Budgetierungen im Doppelhaushalt 2004/05

Vorlage des Finanzministeriums

Umdruck 15/4078

VP Qualen erinnert an die Aussage der Landesregierung zur Einführung einer outputorientierten Budgetierung in der Landesverwaltung (Umdruck 15/2876, Seite 7): „Für die Budgetierung ist die Kosten- und Leistungsrechnung notwendig.“ Er weist darauf hin, dass die erforderlichen KLR-Daten nicht für alle budgetierten Bereiche vorlägen. Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk erwidert er, der Landesrechnungshof sei kein Gegner der outputorientierten Budgetierung oder der Kosten- und Leistungsrechnung, sondern spreche sich dafür aus, beide Instrumente auf „lohnende Bereiche der Landesverwaltung zu konzentrieren“.

St Döring räumt ein, dass die Darstellung in der Einführungsphase noch nicht in jedem Fall optimal sei, und stellt den Informationsvorteil der outputorientierten Budgetierung heraus.

Der Finanzausschuss begrüßt die Einführung der outputorientierten Budgetierung in der Landesverwaltung und betont die Notwendigkeit, dass die Fachpolitik die inhaltlichen Ziele definiert. Er wiederholt seine Bitte an die anderen Ausschüsse, sich mit den in ihren Aufgabenbereich fallenden outputorientierten Budgetierungen zu befassen und dem Finanzausschuss bis Ende April 2004 ein entsprechendes Votum zu übermitteln. Außerdem greift er das Angebot von St Döring auf, allen Ausschussvorsitzenden und deren Stellvertretern zu der Thematik „Einführung der outputorientierten Budgetierung in der Landesverwaltung“ eine Informationsveranstaltung anzubieten, an der alle interessierten Abgeordneten teilnehmen können.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Einführung eines bundeseinheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)

Sachstandsbericht des Finanzministeriums
Umdruck 15/4079

Der Ausschuss äußert unter Hinweis auf Erfahrungen mit technischen Neuerungen wie INPOL oder COMPASS angesichts der finanziellen Dimension des Vorhabens Unbehagen, teilt aber die Einschätzung von St Döring, dass die Einführung des bundeseinheitlichen digitalen Systems erforderlich und alternativlos sei und nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe, sowie den Unmut von VP Qualen, dass es nicht gelungen sei, sich im Vorwege über eine Kostenverteilung zu verständigen, und erwartet so schnell wie möglich verlässliche Aussagen zu Technik, Organisation und insbesondere Kosten der Maßnahmen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Antrag auf Mittelfreigabe (PERMIS-Verwaltung)

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/4080

St Döring führt in die Vorlage, Umdruck 15/4080, ein. Auf Fragen aus dem Ausschuss macht er auf die Rationalisierungseffekte für die personalbewirtschaftenden Stellen sowie die Notwendigkeit aufmerksam, PERMIS in den nächsten Jahren wirtschaftlich und konkurrenzfähig zu machen, um das System für ein länderübergreifendes, einheitliches IT-Verfahren für die Personalbewirtschaftung ab 2008 anbieten zu können.

Während VP Qualen seitens des Landesrechnungshofs gegen die Freigabe der Mittel für die Pflege des IT-Verfahrens PERMIS-Verwaltung in Höhe von 170.000 € nichts einzuwenden hat, nachdem die Verfahrensmängel nach Auskunft des Finanzministeriums abgestellt worden seien, macht er gegen die Freigabe der Mittel für die Weiterentwicklung des Systems in Höhe von 172.500 € Bedenken geltend und regt an, zunächst den Umfang der neu einzuführenden Module und deren Wirtschaftlichkeit zu untersuchen sowie Ergebnisse der Verhandlungen über eine norddeutsche Kooperation im Bereich des Personalwesens zu berücksichtigen.

Einstimmig willigt der Ausschuss in die von der Landesregierung beantragte Entsperrung der Haushaltsmittel für die Pflege und Weiterentwicklung des IT-Verfahrens PERMIS-Verwaltung in Höhe von insgesamt 342.500 € ein.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Zentrale Beschaffung durch die GMSH

Vorlagen des Finanzministeriums
Umdrucke 15/4014 und 15/4075

Abg. Gröpel lobt die Entwicklung des Geschäftsbereichs Zentrale Beschaffung der GMSH.

St Döring macht auf die landesweite Bedeutung der GMSH als Dienstleistungszentrum für Vergaben und Ausschreibungen aufmerksam und teilt mit, dass es vonseiten der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg Bestrebungen gebe, die Dienstleistungen der Zentralen Beschaffung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein in Anspruch zu nehmen. Auf eine Frage von Abg. Arp räumt er ein, dass mit der Zentralisierung des Beschaffungswesens und der Standardisierung der Produkte, die das Ziel der Wirtschaftlichkeit verfolgten, ein Stück Lebensqualität verloren gehe und auch Unmut hervorgerufen werde.

Abg. Wiegard sieht die vorrangige Aufgabe der GMSH darin, den Einkauf zu organisieren.

Eine Frage von Abg. Neugebauer nimmt Dr. Speck, Geschäftsführer der GMSH, zum Anlass, das System der Zentralen Beschaffung durch die GMSH insbesondere unter den Aspekten der Wirtschaftlichkeit, der Einhaltung des Vergaberechts und der Korruptionsbekämpfung als zukunftsweisend herauszustellen.

Der Ausschuss nimmt die beiden Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Investitionsbegriff und verfassungsmäßige Grenze für die Kreditaufnahme

Vorlage des Landesrechnungshofs
Umdruck 15/4129

Der Ausschuss bedankt sich beim Landesrechnungshof für die Vorlage zur Definition des Investitionsbegriffs und der Verfassungsgrenze für die Neuverschuldung und erbittet hierzu eine Stellungnahme der Landesregierung.

Abg. Wiegard betont die Notwendigkeit, mittelfristig die Verschuldung auf allen staatlichen Ebenen zu senken.

Auch St Döring hält es für vordringlich, sich mit der Frage der Verschuldungspolitik auseinander zu setzen, und bezeichnet die Situation als dramatisch, dass in den öffentlichen Haushalten seit 1965 keine Schulden mehr getilgt würden.

Punkt 13 der Tagesordnung:

**Beratungstätigkeit des ehemaligen Präsidenten des Landesrechnungshofs
Dr. Korthals**

Umdrucke 15/3968, 15/3979, 15/4019 und 15/4132

Abg. Dr. Garg und Abg. Wiegard stellen fest, dass die Landesregierung in ihrer Stellungnahme, Umdruck 15/4132, in der Sache zu keinem anderen Ergebnis komme als zuvor der Landesrechnungshof und der Wissenschaftliche Dienst des Landtages.

Auch VP Qualen betont, dass die Landesregierung in ihrer Stellungnahme zu keiner anderen Bewertung komme als der Rechnungshof, der Wissenschaftliche Dienst des Landtages und der Datenschutzbeauftragte. Dr. Korthals habe seine Consulting-Tätigkeit seinem ehemaligen Dienstherrn freiwillig mitgeteilt. Sollten wider Erwarten im Einzelfall dienstliche Interessen beeinträchtigt werden, werde man Dr. Korthals die Ausübung dieser Tätigkeiten untersagen.

Abg. Neugebauer hingegen interpretiert die Einlassungen von Rechnungshof, Wissenschaftlichem Dienst und Landesregierung unterschiedlich. Er legt Wert darauf, dass die Bestimmungen von § 85 a des Landesbeamtengesetzes analoge Anwendung für ehemalige Mitglieder des Landesrechnungshofs fänden (Pflicht zur Anzeige und Möglichkeit der Untersagung der Tätigkeit).

St Döring bemerkt, eine Subsumtion im Hinblick auf den konkreten Fall könne man nicht vornehmen; rechtlich gebe es nichts zu beanstanden. Die Schaffung einer entsprechenden Regelung für ehemalige Mitglieder des Landesrechnungshofs begreife er für den Rechnungshof als Chance.

Auf Antrag der Mitglieder der SPD beauftragt der Finanzausschuss den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages, ihm einen Vorschlag zur Beseitigung einer Regelungslücke im Gesetz über den Landesrechnungshof betr. die Nebentätigkeit von ehemaligen Mitgliedern des Landesrechnungshofs zu unterbreiten.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/4125 - ZDF

Umdruck 15/4128 - Berliner Haushaltsgesetz

Umdruck 15/4142 - Stationäres Hospiz Kiel

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Ausschuss erwartet den von Abg. Neugebauer am 27. November 2003 erbetenen Bericht der Landesregierung in Sachen Prüfbericht des Bundesrechnungshofs betreffend Ostsee-Akademie bis spätestens Anfang März.
- b) Auf Antrag von Abg. Dr. Garg beschließt der Ausschuss, sich im Februar noch einmal mit dem Thema Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu befassen (Umdruck 15/4170).

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer